

Landeshauptstadt Magdeburg - Die Oberbürgermeisterin -		Datum 03.08.2022 Öffentlichkeitsstatus öffentlich
Dezernat V	Amt Amt 53	

INFORMATION

I0201/22

Beratung	Tag	Behandlung
Die Oberbürgermeisterin	16.08.2022	nicht öffentlich
Gesundheits- und Sozialausschuss	07.09.2022	öffentlich

Thema: Krisensicheres Gesundheitsamt

Eine Pandemie mit hohen Erkrankungszahlen stellt die Politik und auch die Behörden vor enorme Herausforderungen. Weder die zeitweise auftretenden Influenza-Pandemien noch die Pandemie der „Neuen Grippe“ vor einigen Jahren hatten derartige Konsequenzen für das gesellschaftliche Leben.

So gab es in der Vergangenheit angeordnete Kontaktbeschränkungen und massive Einschränkung des öffentlichen Lebens. Die zuständigen Behörden sind in der Regel die Gesundheitsämter vor Ort. Die existierenden Pandemiepläne regeln zwar theoretisch das Vorgehen, können aber kaum im Einzelfall das Agieren beschreiben. So bleibt auch bei einer weitgehend optimalen Vorbereitung immer auch ein Teil der Improvisation. Aus unserer Sicht ist es von Vorteil, wenn Fachleute improvisieren.

Die verschiedenen Pandemiewellen der letzten Monate und das Agieren von Politik und Behörden zeigen aber auch Reserven auf. Es bleibt dabei, dass eine Pandemie weitgehend auch ein politisches Ereignis ist. Wir haben erlebt, dass die Fülle von Gesetzen und Verordnungen und auch die Veröffentlichungen des RKI kaum zu überblicken waren. So gab es in diesem Zusammenhang auch eine Reihe von ungünstigen Verläufen der Krisenkommunikation vor allem auf Bundesebene.

Vor allen Dingen braucht eine Pandemie und die daraus folgenden Abläufe genügend Personal zur Bewältigung. Dieses Personal muss nicht zwingend im Gesundheitsamt tätig sein oder auch in der Stadtverwaltung selbst. So haben einige Ämter in Deutschland sowohl Hotlines als auch die Kontaktpersonen-Nachverfolgung in die Hände von professionellen Callcentern gegeben. Nach Rücksprache mit diesen Gesundheitsämtern haben sich jedoch massive Probleme mit angemieteten Callcentern ergeben, sodass wir diese Variante nicht weiterverfolgen. Aus Sicht des Gesundheitsamtes war anfangs die eigene Hotline und auch die Zuführung von Personal zur Kontaktpersonen-Nachverfolgung gut organisiert. Im weiteren Verlauf gab es in beiden Bereichen Probleme. Auch waren die technischen Voraussetzungen für eine umfangreiche Kontaktaufnahme mit betroffenen Bürgern durch das Gesundheitsamt anfangs unzureichend. Erst die Schaffung der digitalen Voraussetzungen für eine umfassende Kontaktpersonen-Nachverfolgung sorgte hier für Entspannung.

Aus Sicht des Amtsarztes gab es im Nachhinein betrachtet natürlich Probleme und Reserven, die nunmehr zu Schlussfolgerungen führen müssen. Für die Stadtverwaltung selbst und natürlich für die zuständige Behörde ergeben sich folgende überlegenswerte Maßnahmen:

1. Task force

Es bedarf ausreichend Personals welches qualifiziert ist und in kurzer Zeit die Tätigkeit für das Gesundheitsamt aufnehmen kann.

Dieses Personal hätte zwei grundsätzliche Aufgaben: Zum einen muss eine Hotline organisiert werden und zum anderen muss die Kontaktpersonen-Nachverfolgung, zumindest am Anfang eines Ereignisses, schnellstmöglich abgesichert sein.

Alle externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die wir hatten, waren unterschiedlich motiviert und hatten auch unterschiedliche Kenntnisse. Im Grunde mussten alle aufwändig eingearbeitet werden. Selbst dafür war kaum Zeit.

Es sollte also überlegt werden, auf welchem Weg mindestens 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung für diese Aufgabe gewonnen und motiviert werden können. Selbstverständlich obliegt die fachliche Einweisung dem Gesundheits- und Veterinäramt. In Kenntnis der Abläufe der Vergangenheit und der gegenwärtigen medizinischen Situation ist eine Aufgabenübertragung an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Ämter nur im Rahmen einer pandemischen Notlage und damit im Rahmen des Katastrophenmanagements notwendig. Leider mussten wir feststellen, dass sich die Motivation der stadtinternen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Laufe der Tätigkeit verändert hat. Am Anfang hoch motivierte Mitarbeiter waren später kaum noch für eine effektive Tätigkeit zu gewinnen.

2. Rechtslage

Es war für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsamt weitgehend unmöglich, alle Rechtsverordnungen zum Thema und die unzähligen Änderungen zu studieren. Die vielen Anrufe von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, von Firmen und Einrichtungen, die uns um Auskunft baten, wie denn dieser oder jener Paragraph zu verstehen sei, haben uns fachlich oftmals überfordert. Die umständlichen Formulierungen der Gesetze und Regelungen taten ihr übriges.

Es ist also notwendig, dass Rechtsauskünfte aus dem Gesundheits- und Veterinäramt überwiegend ausgegliedert werden.

Wenn das nicht möglich ist, benötigen wir jeweils zeitnah Unterstützung zur Interpretation der Gesetze und Verfügungen. Natürlich hat uns das Rechtsamt oftmals geholfen. Dafür waren und sind wir sehr dankbar. Hier benötigen wir aber eine systematische Lösung.

3. Krisenkommunikation

Die Krisenkommunikation nach außen, also die Medienarbeit, muss durchweg als gut eingeschätzt werden. Aus unserer Sicht war sie angemessen und wurde auch von der Bevölkerung überwiegend als hilfreich und wichtig angenommen. Probleme traten bei der Krisenkommunikation nach innen auf. Hier wird das Gesundheitsamt die notwendigen Regeln der Kommunikation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes selbst aber natürlich auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung neu aufstellen. Wir wollen hier schneller und effektiver werden.

4. Digitalisierung

Das Gesundheitsamt ist technisch auf einem guten Stand. Alle Rechner sind auf modernem Niveau, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ein Laptop benötigen, haben auch Zugang. Dazu gehören auch Diensthandys.

Das bedeutet aber nicht Digitalisierung. Eine wirkliche Digitalisierung des Dienstes muss sich auf die Landes- und Bundesebene orientieren. Durch den Pakt für den ÖGD stehen dafür genug Gelder zur Verfügung. Es muss zwingend von Seiten des Landes eine Arbeitsgruppe mit Fachleuten aus den Gesundheitsämtern und aus der IT-Branche gebildet werden.

Erfreulicherweise gibt es hier bereits gute Ansätze, die maßgeblich durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Amtes für Statistik, Wahlen und Digitalisierung gestaltet werden können. Die Arbeitsgruppe hätte die Aufgabe, für das Land Sachsen-Anhalt vernünftige digitale Lösungen der Kommunikation zu finden. Nach unserer Ansicht geht das nur auf Basis eines

Gesetzes oder eines Erlasses. Nur so lassen sich die Landkreise und kreisfreie Städte mit den jeweiligen eigenen Interessen zusammenführen. Das ist bisher nicht der Fall. Gescheiterte Lösungen wie zum Beispiel die Luca App und teilweise auch Sormas haben leider nicht zur Verringerung der Arbeit der Gesundheitsämter vor Ort geführt, ganz im Gegenteil.

5. Pakt für den ÖGD

Im Grunde stehen bis zu 10 Millionen Euro für das Gesundheits- und Veterinäramt in Magdeburg bis zum Jahr 2026 zur Verfügung. Dieses Geld soll überwiegend für Personal, aber auch für Strukturveränderungen und Digitalisierung eingesetzt werden. Erschwerend ist, dass es keine koordinierende Arbeitsgruppe auf Landesebene gibt. Es zeichnen sich auch im Moment Schwierigkeiten bei den Voraussetzungen zur Verteilung durch das BMG ab. Aktuell wird hier auf Landesebene nachgearbeitet. Im Gesundheits- und Veterinäramt wurden auf dieser Grundlage vier neue Stellen im letzten Jahr geschaffen. Weitere Stellen sind in Planung. Von hoher Wichtigkeit ist die enge Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik, Wahlen und Digitalisierung, die in den letzten Monaten bereits sehr gute Ergebnisse hervorgebracht hat.

Wir wissen nicht, welche Infektionsereignisse wir im Herbst zu erwarten haben. Neue Infektionskrankheiten deuten sich an.

Dr. Arnold